

Kali: Umweltverband prüft Klage – Kreistags-Mehrheit will ihm helfen

Gemischte Reaktionen auf Genehmigung des Neustarts fürs Giesener Bergwerk

Von Tarek Abu Ajamieh

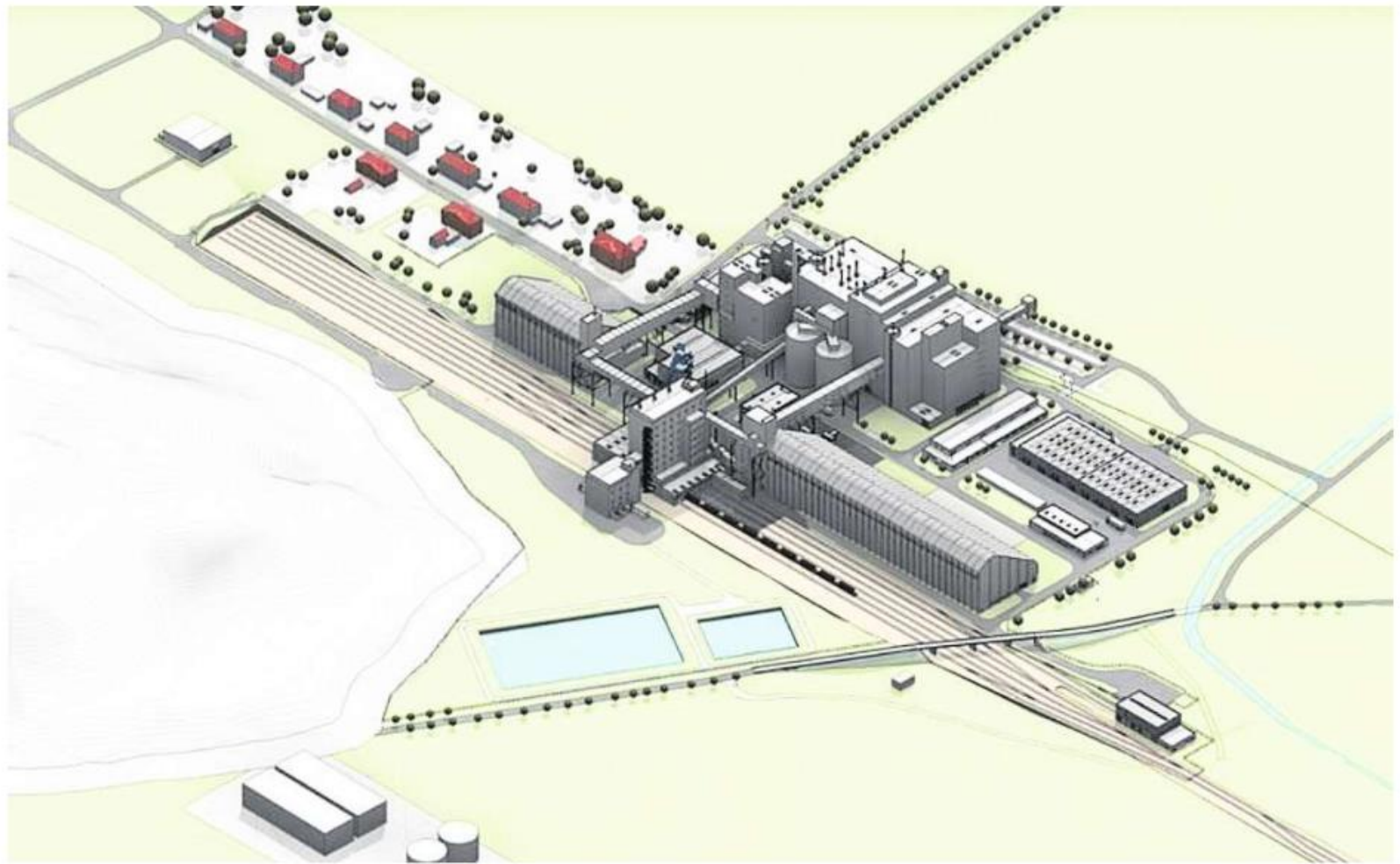
Giesen/Kreis Hildesheim. Der Umweltschutzverband BUND prüft eine Klage gegen die Genehmigung der Wiederinbetriebnahme des Giesener Kaliwerks. Das hat der Verband auf HAZ-Anfrage erklärt. Der BUND wolle vor einer Entscheidung über eine Klage die Genehmigung auswerten. Aus Sicht des Umweltverbandes steht aber fest: „Durch die Einleitung salzhaltiger Abwasser wird eine massive Schädigung von Natur und Umwelt in Kauf genommen, es entstehen Todeszonen für Fische und andere Lebewesen.“ Im Gegensatz dazu betont das Land, die Qualität etwa der Innerste werde sich mit Betriebsstart sogar verbessern, da dann Salzwasser in der Produktion eingesetzt werde, statt es in den Fluss zu leiten.

Die Kreistagsmehrheit aus SPD und CDU würde eine Anfechtung der Genehmigung „begrüßen und im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden Klaus Bruer (SPD) und Friedhelm Prior (CDU). „Aus unserer Sicht sprechen viele rechtliche Gründe gegen die Genehmigung.“ Und der Umweltausschuss-Vorsitzende Falk-Olaf Hoppe (CDU) bemerkt zynisch, der zweite Kaliberg werde ihn „immer an den Bart von Umweltminister Olaf Lies denken lassen“.

Der Landkreis selbst ist nicht klageberechtigt, könnte einem Kläger aber inhaltlich helfen. Auch die Gemeinde Giesen behält sich eine Klage für den Fall vor, „dass wir unsere Anliegen nicht ausreichend berücksichtigt sehen“, sagte Bürgermeister Andreas Lücke. Die Entscheidung darüber sei Sache des Gemeinderates, zunächst gelte es aber, die Unterlagen zu prüfen. Die CDU dort hieb gestern in die gleiche Kerbe. Besonders die Verkehrs- und Umweltbelastung sowie der zweite Kaliberg seien dabei wichtige Aspekte, betonen der örtliche Parteivorsitzende Ingmar Weitemeier und Fraktionschef Andreas Langer.

Wer klagen will, hat nicht viel Zeit. Zunächst werden die Dokumente der Genehmigung, die rund 60 Aktenordner füllen, zwei Wochen lang öffentlich ausgelegt, zudem sind sie im Internet abrufbar. Danach beginnt eine vierwöchige Frist, innerhalb derer Klagen beim Verwaltungsgericht Hannover eingereicht werden können. In der gleichen Frist sind Widersprüche gegen die Erlaubnis zur Salzwasser-Einleitung beim LBEG möglich.

Klagen könnte auch die Bürgerinitiative (BI) Giesen-Schacht, die aber noch keine Position zu der Genehmigung beziehen wollte. Man wolle zunächst prüfen, inwieweit die Interessen der Anlieger berücksichtigt wurden. Einen ersten Eindruck gibt es aber: „Die 1010 Seiten zeigen, dass sich das LBEG detailliert mit den vielfältigen Stellungnahmen auseinandergesetzt hat“, lobt BI-Sprecher Dirk Fietz.



Am Süden der Schacht-Siedlung sollen zahlreiche Fabrikgebäude entstehen, das höchste soll 50 Meter hoch werden. Die Wohnhäuser unterhalb des Kalibergs sollen aber alle stehenbleiben.

GRAFIKEN: K+S

Doch es gibt auch Lob für die Genehmigung. „Ich begrüße diese Entscheidung, die erst einmal den Weg frei macht für mögliche Investitionen und Arbeitsplätze“, sagt der Hildesheimer Jens Koch, Vizepräsident der IHK Hannover. Erstaunlich sei nur, dass es bis zu dieser Genehmigung sieben Jahre gedauert habe – „wenn man bedenkt, dass das Bergwerk nie geschlossen wurde und nur reaktiviert wird.“

Für die Initiative Pro Schacht Siegfried Giesen begrüßten Konrad Nave und Johannes Ernst die „Möglichkeit zur Förderung heimischer Rohstoffe“ und betonten: „Die Schaffung von rund 500 Arbeitsplätzen in der Region bringt für die Menschen für Jahrzehnte persönliche Entwicklungschancen.“



Ein Segen für die Aktionäre.

Klaus Bruer
SPD-Fraktionschef
im Kreistag

Enttäuscht bis empört reagierten hingegen die Grünen. Landtags-Fraktionschefin Anja Piel bezeichnete Umweltminister Olaf Lies (SPD) und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) als „unheilige Allianz“. Die Große Koalition in Hannover interessiere sich weder für die Haltung der Kommunalpolitik vor Ort noch für die Wasserqualität niedersächsischer Flüsse. Stattdessen setze sie eine „aus der Zeit gefallene Bergbaupolitik“ durch. Der Hildesheimer Grünen-Bundestagsabgeordnete Ottmar von Holtz beklagte: „Ganz offensichtlich haben sich hier wirtschaftliche Interessen eines einzelnen Unternehmens gegen das Interesse der Allgemeinheit durchgesetzt – auf Kosten der Anwohner.“

K+S nennt weiter keinen Starttermin, betont aber, die Perspektiven für die in Giesen zu gewinnenden Produkte auf dem Weltmarkt seien gut. Auch sollten diese „hochwertigen Düngemittelspezialitäten“ in der Produktpalette des Konzerns mehr Gewicht bekommen.



So groß, allerdings begrünt, soll der zweite Kaliberg nordwestlich der bestehenden Halde werden.

Keine Ermittlungen zu Grundwasser-Versalzung

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Hildesheim. Die Staatsanwaltschaft Hildesheim nimmt keine Ermittlungen wegen der Grundwasser-Versalzung unter dem Giesener Kaliberg auf. Das hat der stellvertretende Sprecher der Anklagebehörde, Christian Gottfriedsen, gestern erklärt. Er habe die Vorermittlungen zu dem Fall abgeschlossen. Es gebe keinen Anlass, jemanden strafrechtlich zu verfolgen. Diese Entscheidung sei bereits Anfang der Woche gefallen, als die Genehmigung des Bergwerks-Neustarts noch nicht be-

kannt gewesen sei, und stehe mit dieser in keinerlei Zusammenhang, betonte Gottfriedsen auf HAZ-Nachfrage.

Zwar würde das Geschehen am Giesener Kaliberg „objektiv den Tatbestand der Gewässer-Verunreinigung erfüllen“, so der Oberstaatsanwalt. Allerdings sei das Bergwerk vor rund 100 Jahren „auf Grundlage des damals geltenden Rechts“ errichtet worden. „Wir müssen davon ausgehen, dass das damalige Vorgehen den damaligen Vorschriften entsprach, man war damals in Sachen Gewässerschutz ja noch lange nicht so weit wie heute“,

sagt Gottfriedsen. „Heute dürfte man das so sicher nicht mehr machen.“

Allerdings könne man die heute Verantwortlichen, sprich führende Mitarbeiter des Kasserler Düngemittelkonzerns Kali + Salz (K+S), eben auch nicht für die Folgen dessen belangen, was vor 100 Jahren genehmigt worden sei. „Sie verunreinigen das Grundwasser nicht aktiv, sie verändern nur den Zustand nicht.“ Selbst den Vorwurf der Unterlassung könne man nicht erheben. Gottfriedsen: „Dazu müsste eine Lösung technisch möglich und zumutbar sein.“

Den Kaliberg abzutragen und das Material anderweitig zu deponieren, wäre zwar „technisch möglich, aber zu aufwendig“, sagt der Anklagevertreter. Zudem sei geplant, die Kaliberge in Niedersachsen nach und nach abzudecken, was die Versalzung des Grundwassers zumindest deutlich reduzieren würde.

Giesen stehe auf der Prioritätenliste zwar nicht vorn, die Abdeckung sei aber fest vorgesehen. „Es gibt also die Zusage des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) sowie von K+S, den Zustand zu verbessern.“